
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 15.05.2024

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 21:52 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 30 stimmberechtigten Mitgliedern fest. Er gibt den Austritt des Stadtrates Lutz Büttner aus der Fraktion AfD zum 1. Mai 2024 bekannt.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert über das Ableben von Herrn Hubert Ernst und Herrn Christian Just und legt ihr Wirken für die Stadt Dessau-Roßlau dar. In Gedenken an die Verstorbenen wird eine Schweigeminute durchgeführt.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Frau Perl, Fraktion SPD, zur Sitzung. (31)

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Adamek, Fraktion CDU, beantragt, die im Tagesordnungspunkt 7.5 eingeordnete Vorlage FV/003/2024/Linke von der Tagesordnung zu nehmen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität am 06.06.2024 zu behandeln. Im Anschluss soll die Fraktionsvorlage in der Sitzung des Stadtrates am 19.06.2024 behandelt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stimmt als Einreicher der Vorlage dieser Verfahrensweise zu.

Die Tagesordnung wird geändert, ohne den Tagesordnungspunkt 7.5, beschlossen. (31:00:00)

3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.04.2024

Die Niederschrift von 17.04.2024 wird genehmigt (30:00:01).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Informationen über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten:

- Gründungsveranstaltung für den gemeindepsychiatrischen Verbund am 15.05.2024. Er spricht den beteiligten Kolleginnen und Kollegen, insbesondere dem Amt für Gesundheit, seinen Dank aus.

- Feierliche Eröffnung und Inbetriebnahme der Produktionsanlage der Firma sapera-tec im Beisein der Staatssekretärin Pötzsch, den Landtagsabgeordneten und einigen Stadträten am 15.05.2024. Nach Auskunft in der heutigen Veranstaltung wurden 27 Mio. Euro investiert. Er spricht der Landesregierung seinen Dank für die finanzielle Unterstützung aus. Es ist beeindruckend, wie das Land Sachsen-Anhalt Unternehmen in unserer Stadt fördert. Er dankt den Stadträtinnen und Stadträten, die stellvertretend für ihre Fraktion teilgenommen haben sowie den Ämtern der Stadtverwaltung für die Begleitung bei der Unternehmensgründung.

- Unterzeichnung des Zuwendungsvertrages für das Anhaltische Theater Dessau durch Herr Staatsminister Robra und ihm als Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau. Damit ist die Finanzierung des Anhaltischen Theaters für die nächsten fünf Jahre gesichert.

- Am 24. Mai 2024 wird im Paul-Greifzu-Stadion das Leichtathletik-Meeting stattfinden. Er dankt den Mitgliedern des Ausschusses Kultur und Sport für die Unterstützung, dass mit der Tribüne die Veranstaltungen durchgeführt werden können.

- Am 15. und 16. Mai 2024 findet unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Dr. Haseloff die 13. Gasmotorenkonferenz mit 300 Gästen statt.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste zur Sitzung. (32)

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass in der Sitzung des Stadtrates am 17.04.2024 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck legt dar, dass im Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Frau Mandy Münch, Roßlauer Ortschaftsrätin, informiert, dass sie im Ortschaftsrat Roßlau bereits mehrfach angefragt hat, wann in der Hauptstraße 143 die Wipp-Geräte repariert werden. Zwischenzeitlich erfolgte eine Reparatur, die Sturzmatten sind jedoch noch immer lose. Sie hatte eine Antwort dahingehend erhalten, dass die Sturzmatten repariert werden, wenn es warm wird. Es ist und war bereits warm, sie bittet daher um eine schnellstmögliche Lösung, da die Sturzmatten von den Kindern herumgetragen werden. Sie kritisiert, dass sie auf ihre zahlreichen Anfragen als Ortschaftsrätin keine Antwort erhält und erachtet eine Reparatur als wichtig für die Kinder. Weiterhin bezieht sie sich auf die monatlichen Demonstrationen des Netzwerkes „Gelebte Demokratie“, an denen der Oberbürgermeister nicht teilgenommen hat. Ihrer Ansicht nach ist es für den Oberbürgermeister möglich, die Menschen, die Kommunalpolitik gestalten, zu unterstützen und damit ein neutrales Statement abzugeben. Frau Münch würde es begrüßen, wenn der Oberbürgermeister am 04.06.2024, 18:00 Uhr, an der Friedensglocke zu sehen wäre und ein Statement für die Stadt Dessau-Roßlau abgeben würde.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, sichert eine schriftliche Antwort zu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt die Einladung zur Kenntnis und wird abwägen, ob er diese annehmen kann. Er erklärt, sich beispielsweise am Mahnmal für die Opfer des Faschismus geäußert zu haben. Weitere Termine werden jeweils nach Eingang der Einladung entschieden.

Frau Christiane Rosenmeier weist darauf hin, dass Sie bereits am 15.04.2024 eine Bürgeranfrage gestellt hat, welche sie verliert:

„Sehr geehrte Damen und Herren, als regelmäßige Besucherin vielfältiger Veranstaltungen in der Villa Krötenhof macht es mich sehr betroffen, von der unsicheren Zukunft der Einrichtung durch nicht bestätigte Quellen zu hören. Um es sicher zu erfahren, ist meine konkrete Frage: Was ist mit der Einrichtung Villa Krötenhof zukünftig geplant? Droht eine Schließung? Nachdem ein kultureller Leuchtturm, wie der Kristallpalast, der Stadt verloren gegangen ist, wäre es gerade im Hinblick auf die weitere Attraktivität der Stadt für die Einwohner und Besucher ein großer Verlust, diese kulturelle Stätte, mit ihrem einzigartigen parkähnlichen Grundstück, Besuchern und Nutzern nicht mehr zugänglich zu machen.“ Sie bittet um eine Antwort per E-Mail oder im Sitzungsprotokoll.

Frau Rosemeier verweist auf eine am 16.04.2024 erhaltene Eingangsbestätigung vom Kommunalen Sitzungsdienst. In dieser wurde mitgeteilt, dass die Beantwortung vom zuständigen Fachamt per E-Mail erfolgt. Eine Antwort hat sie bisher aber nicht erhalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erwidert, dass die mit der Villa Krötenhof verbundenen Einzahlungen und Aufwendungen im Haushaltsplan der Stadt abgebildet sind. Andere Beschlusslagen des Stadtrates auf Veränderung der Rahmenbedingungen zur Villa Krötenhof liegen nicht vor. Die Arbeit wird unverändert fortgesetzt, bis andere Entscheidungen getroffen werden. Nachdem die Bürgerin den Wunsch auf eine schriftliche Antwort geäußert hat, verweist er auf den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates, in dem seine Aussagen nachzulesen sind. Sollte trotzdem eine schriftliche Aussage von der Bürgerin gewünscht werden, kann dies erfolgen.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste zur Sitzung. (33)

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK) Dessau-Roßlau 2025 – 1. Zwischenbericht zum geplanten zeitlichen Ablauf sowie zu Einbindung von Stadtrat und Stadtgesellschaft

Vorlage: IV/009/2024/I-61

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkt, dass das jetzige Konzept eine breit angelegte Bürgerbeteiligung zum Inhalt hat. Es wird erwähnt, dass die Jugend in diesem Prozess beteiligt werden soll. Es gibt aber keine Strukturen zu Beteiligung. Aus der Erfahrung der letzten Jahre ist es wichtig, dass die Ortsentwicklungskonzepte, die teilweise existieren, eine Begleitung erfahren, was auch für Stadtteilbereiche zutrifft. Er fragt, ob es im Kontext der Meinungs- und Entscheidungsfindung möglich ist, diese Gremien mit einzubeziehen.

Wo Beteiligungsverfahren gemacht werden, ist das selbstverständlich möglich, erwidert **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, macht ergänzend zu den positiven wirtschaftlichen Nachrichten auf das Konzert am 1. Juni 2024 zum Kindertag im Anhaltischen Theater aufmerksam. Es handelt sich hierbei um ein Konzert zwischen Jung und Alt. Die Mitglieder der Philharmonie musizieren gemeinsam mit den Schülern der Musikschule, die hierbei viele Erfahrungen sammeln können. Nach Aussage der Stadtverwaltung wird seit November an der Problematik der Honorarverträge mit den Lehrern der Musikschule gearbeitet. Derzeit werden die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern, die für ihr Kind im neuen Schuljahr eine Ausbildung am Instrument buchen möchten, dahingehend getröstet, dass erst Ende Mai eine Entscheidung zu den Verträgen getroffen wird. Sie fragt, wie die Stadtverwaltung bei der Problematik der Musikschullehrerverträge weiterarbeitet und wann mit einer vernünftigen Regelung gerechnet werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erwidert, dass nach einem ausführlichen Gespräch die Entscheidung dahingehend gefallen ist, dass die Anstellungsverhältnisse in Festanstellungsverhältnisse überführt werden, wenn das gewünscht wird. Die erforderlichen Stellen werden aus dem Stellenplan erarbeitet. Die für Ende Mai anstehende Entscheidung wird schriftlich zugearbeitet. Es wird an dem Thema gearbeitet. Die dahingehenden Entscheidungen sind bereits gefallen, was der Musikschule bekannt ist.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, kann nur Aussagen bezüglich des Personals in der Musikschule treffen. Weitergehende Informationen sind seitens des Personalamtes zu erteilen. Die Leitung der Musikschule arbeitet sehr eng mit den Honorarkräften zusammen. Sie versichert, dass die Stadt zu ihrer Musikschule steht und nicht nur auf das Konzert sehr stolz ist, sondern auch darauf, dass die Schülerinnen und Schüler beim Bundeswettbewerb mitmachen und die Stadt in diversen Konzerten und Veranstaltungen vertreten. Die Musikschule ist ein Markenzeichen dieser Stadt. Sie muss weiter gesichert werden. Über die Folgen einer Festanstellung für Honorarkräfte wurde umfassend informiert. Die Ausgestaltung der Stellen liegt in einem anderen Dezernat.

Frau Dammann, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, spricht das Dauerthema der Mosigkauer Straßen an. Bislang ist keine Änderung eingetreten. In dieser Woche hatte sie zwei Anrufe einer Bürgerin der Lebrecht-Diener-Straße, die nicht mehr weiß, wie die Löcher der Straße umfahren werden können. Sie landet auf Grünstreifen und setzt mit dem Fahrzeug auf. Es wird ein dringender Handlungsbedarf gesehen, weshalb sie einen Vor-Ort-Termin und eine verbindliche Aussage darüber, wann dieser Missstand endlich beseitigt wird, fordert. Hinzu kommt, dass der dahinterliegende Teichdammweg repariert wurde, bei dem die Notwendigkeit eben-

falls gegeben war. Jedoch wird dieser nicht so häufig befahren wie die Lebrecht-Diener-Straße. Sie weist darauf hin, dass bei Fahrzeugbeschädigungen eine Anzeige der Reparaturkosten auf die Stadt zukommen kann. Die Anwohner dieser Straße akzeptieren den Zustand der Straße nicht weiter und fühlen sich in ihrer Lebensqualität benachteiligt. Viele weitere Straßen in Mosigkau befinden sich im gleichen Zustand. Der Zustand ist blamabel für die Stadt und muss schnellstens geändert werden. Sie erwartet auf schnellstem Weg eine verbindliche Lösung dieser Probleme.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, steht einem Vor-Ort-Termin nicht entgegen. Die finanzielle Situation ist bekannt. Die Jahreslose wurde ausgeschrieben. Eine Kostenerhöhung hat stattgefunden, so dass im Hinblick auf die Haushaltssperre betrachtet werden muss, wie damit umgegangen werden kann. Sie bittet darum, dass Augenmerk auf die Personalsituation zu lenken. Ohne Personal können keine größeren Maßnahmen innerhalb der Stadt stattfinden. Der Zusammenhang zwischen verfügbaren Investitionsmitteln und den personellen Voraussetzungen muss klar werden. Ansonsten bemüht sie sich jederzeit um Abhilfe. Sie verweist auf die Versäumnisse der letzten 30 Jahre. Es gibt Wege, die Verantwortung in die Ortschaften zu geben. Sie bittet darum, im Rahmen der Haushaltsberatungen 2025 darüber nachzudenken, wie effizienter gehandelt werden kann.

Herr Geiger, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, berichtet, dass er im Jahr 2022 im Namen des Initiativebundes Roßlau e.V. beim Zentralen Gebäudemanagement angefragt hat, ob die Möglichkeit besteht, im Rahmen des Herbst- und Weinfestes Räumlichkeiten des Rathauses zu nutzen. Er bittet um Antwort von Frau Bürgermeisterin Lohde und Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck, die gemeinsam mit Frau Münch bei dem damaligen Gespräch anwesend waren. Es wurde die Aussage getätigt, dass der Initiativebund Roßlau e.V. als politische Vereinigung angesehen wird und es politischen Vereinigungen nicht gestattet ist, die Räume des Rathauses zu nutzen. Nun sieht er von der neu gegründeten Bürgerliste Roßlau Wahlkampffotos, die im Ratssaal Roßlau aufgenommen wurden, ohne dass von der Stadt publik wurde, dass die Satzung des Zentralen Gebäudemanagements geändert wurde. Er fragt, warum die Regelung aufgehoben wurde und bittet um eine schriftliche Antwort. Allen politischen Gruppierungen sollte die Möglichkeit gegeben werden, in ihren Ortsratssälen, sofern vorhanden, entsprechende Fotos zu machen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck entgegnet, dass ihm der Sachverhalt am Vortag der Sitzung zur Kenntnis gelangt ist. Nach dem aktuellen Stand der Nachforschungen dürfen unverändert die Rathäuser und Einrichtungen der Stadt nicht für politische Veranstaltungen genutzt werden. Derzeit wird geklärt, wie sich der konkrete Sachverhalt ergeben hat. Hierzu erfolgt eine schriftliche Zuarbeit.

Herr Fessel, Fraktion die Linke, nimmt Bezug auf die Frage in der letzten Stadtratssitzung zum Stand des Stadtentwicklungskonzeptes Roßlau. Das Thema sollte in der nächsten Stadtratssitzung behandelt werden. Er bittet um Auskunft zum Verfahrensstand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Beratung des Themas in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters erfolgt ist und jetzt weiter in den Gremienlauf geht.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, geht auf das Thema „Einbürgerung“ in der Stadt Dessau-Roßlau ein. Seine Fraktion wurde von einem ausländischen Mitbürger kontaktiert, der sich über sein sehr lange andauerndes Einbürgerungsverfahren beschwert. Der Einbürgerungsantrag wurde vor einem Jahr gestellt. Auf Nachfrage erhielt er nun die Auskunft, dass die Bearbeitung der Akte ein weiteres Jahr in Anspruch nehmen wird. Herr Fricke stellt die Fragen, wie viele Einbürgerungsanträge aktuell vorliegen, wie diese bearbeitet werden und wie die durchschnittliche Verfahrensdauer ist. Sollte die Verfahrensdauer von zwei Jahren zutreffen, möchte er wissen, warum das so lange dauert.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, sichert eine schriftliche Auskunft mit den genauen Zahlen zu. Derzeit sollen von zwei Sachbearbeitern alle Einbürgerungen vorgenommen werden. Laut einer Erhebung vor etwa einem Jahrzehnt wurden jährlich circa 50 bis 60 Einbürgerungen bearbeitet. Seit etwa zwei Jahren liegen circa 200 Anträge jährlich vor. Hinzu kommt, dass von zwei Sachbearbeiterstellen eine Stelle unbesetzt ist. Vor einem halben Jahr wurde die Schaffung zwei weiterer Stellen auf den Weg gebracht. Diese befinden sich seit längerer Zeit in der Ausschreibung, sind jedoch schwer zu besetzen. Bei einer Vollbesetzung mit vier Sachbearbeitern kann eine zügigere Abarbeitung der Anträge erfolgen. Im Vergleich zu anderen Kommunen, bei denen die Bearbeitung teilweise drei Jahre in Anspruch nimmt, liegt Dessau-Roßlau bei dieser Sachlage relativ gut im Schnitt.

Herr Fricke thematisiert das Gropiusgymnasium und nimmt Bezug auf einen Bericht vom 10.04.2024 in der MZ über die Kabinettsitzung der Landesregierung in Dessau-Roßlau. Er zitiert hieraus:

„... Bewegung gibt es nach der Kabinettsitzung auch im Bereich Bildung. Ohne konkreter zu werden, sagte Haseloff, es bestehe das Interesse, beide Standorte der staatlichen Gymnasien Philanthropinum und Gropius zu erhalten. Dafür gebe es Ausgleichs- und Kooperationsmöglichkeiten. Die Stadt sei jetzt gefordert, mögliche Kooperationsmodelle zu entwickeln.“

Herr Fricke bittet um Auskunft, ob dieser Aufforderung gefolgt wurde, ob die Kooperationsmodelle in Arbeit sind und ob bei der Landesregierung nachgefragt wurde, ob diese Aussagen des Ministerpräsidenten gegebenenfalls durch die Fachministerin konkretisiert werden könnten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der Ministerpräsident seine Sicht der Dinge dargestellt hat. Unverändert gilt die Schulentwicklungsplanungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt. Bei einem Termin mit der zuständigen Dezernentin am kommenden Freitag werden die unterschiedlichen Varianten besprochen.

An den Parametern, die der Schulentwicklungsplanung zugrunde liegen, hat sich jedoch bisher nichts verändert. Er geht auch nicht davon aus, dass sich an der Schulentwicklungsplanungsverordnung noch etwas verändern wird. Welche Optionen, die bereits im Raum standen, in Betracht kommen, werden beim Ministerium abgefragt. Es gibt Schulformen, die eine Kooperation in der gymnasialen Oberstufe ermöglichen. Diese Schulformen liegen in Dessau-Roßlau jedoch nicht vor. Es besteht die Möglichkeit, bei integrierten Gesamtschulen in der Abiturstufe zu kooperieren. Für Gymnasien trifft das nicht zu.

Herr Fricke bezieht sich auf die im Jahr 2020 beschlossene Überprüfung der Mitglieder des Stadtrates auf Stasitativigkeiten. Zur Auswertung wurde ein Gremium gebildet, dessen Zusammensetzung mit dem Haupt- und Personalausschuss identisch ist. Obwohl die Auskünfte vorliegen, hat das Gremium niemals getagt. Er fragt, ob der Beschluss in dieser Wahlperiode noch umgesetzt wird, oder ob das nur für die Akte erfolgte.

Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, erklärt, dass sich das Gremium nur nach einer positiven Rückantwort, dass ein Stadtrat beim MfS beschäftigt war, zusammensetzen sollte. Bisher ergingen jedoch nur Negativbescheide. Auf Nachfrage von Herrn Fricke, erklärt der Stadtratsvorsitzende, dass für alle Stadträte Anfragen gestellt wurden.

Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, spricht ein Lob an Herrn Jan Bauer und seinem Team vom Dessauer Tierpark aus. Dem Tierpark ist es mit der Veranstaltung „Lichtkultur trifft Hochkultur“ wieder gelungen, eine großartige Veranstaltung auf die Beine zu stellen. In den letzten Jahren wurden einige Weichen gestellt, den Tierpark zukunftsfähig zu machen und die Strahlkraft weiter zu erhöhen. Die gestiegenen Besucherzahlen zeigen, dass die bisherigen Maßnahmen, aber vor allem das Engagement des Tierparkteams, Wirkung zeigen. Rund 140.000 Besucher jährlich sprechen eine deutliche Sprache. Damit ist der Tierpark, neben dem Anhaltischen Theater, die höchstfrequentierte kulturelle Einrichtung der Stadt und durch die moderaten Eintrittspreise für jedermann bezahlbar. Er fragt Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck, warum die Erweiterung des Tierparks im letzten Jahr nicht vorangetrieben wurde. Der Beschluss hierzu stammt aus dem Jahr 2021. Das Lokschuppengelände hätte längst übernommen werden können, denn die finanziellen Mittel waren im Haushalt eingestellt. Mit der jetzigen Haushaltssperre droht auch dieses Projekt zu scheitern und reiht sich damit in die Galerie der Masterpläne und Stadtentwicklungskonzepte ein, die sich der Stadtrat und die Oberbürgermeister der letzten Jahrzehnte auf die Tagesordnung gesetzt haben. Er bittet darum, den Beschluss des Stadtrates zur Tierparkerweiterung, sobald es möglich ist, umzusetzen. An die Stadträte richtet er den Wunsch, nicht neue Museen zu bauen, sondern die vorhandenen Schätze zu stärken. Der Tierpark, als zentraler Ort in Dessau-Roßlau, sollte auch im BUGA-Konzept eine wichtige Rolle einnehmen.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, thematisiert den Tag des offenen Rathauses am 27. April dieses Jahres. Die Veranstaltung wurde sehr gut vorbereitet und durchgeführt. Von den Einwohnern hat er diesbezüglich eine positive Resonanz erhalten. Er spricht seinen besonderen Dank aus und bittet den Oberbürgermeister um Übermittlung an die Mitarbeiter, die der Stadtbevölkerung an diesem Tag zur Verfügung standen. Der Stadtrat sollte sich diesem Dank anschließen. Des Weiteren bezieht er sich auf einen gefassten Beschluss im Stadtbezirksbeirat innerstädtisch Nord zur Anschaffung von gelben Tonnen. Da die Beschlussfähigkeit der Stadtbezirksbeiräte durch die Kommunalverfassung nicht gedeckt ist, werden alle Vorhaben durch das Landesverwaltungsamt abgeschmettert. Er fordert, dass die Tonnen schon im Jahr 2024 vorhanden sind. Der Zustand ist katastrophal. Der Betreiber, auf den kein Einfluss ausgeübt werden kann, kann nicht fristgemäß handeln. Die Leiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege, Frau Moritz, hat mitgeteilt, dass die Ausschreibung in Köln stattfindet. Er bittet, die am Städtetag teilnehmenden Stadträte das Problem „Duales System“ zu thematisieren. Es stellt sich die Frage, warum die Stadt mit dieser hohen Dichte an kommunalen Eigenbetrieben, dieses simple Vorhaben nicht selbst übernehmen kann und warum jedes Jahr europaweit ausgeschrieben werden muss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stimmt den Aussagen von Herrn Berghäuser zu. Nach seiner Kenntnis soll am 01.01.2026 die gelbe Tonne in Dessau-Nord eingeführt werden, was ein sehr langer Zeitraum ist. Er hofft eine deutliche Verbesserung des Verunreinigungszustandes. Er verweist jedoch ebenso auf die Pflichten der Eigentümer und wünscht sich, dass diese (auch die Stadt) die Pflichten auch wahrnehmen. Das Ordnungsamt ist angehalten, insbesondere den Kleinschmutz (Zigarettenkippen, Kaugummi, Hundekot) streng zu ahnden.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, bringt den Antrag zur Prüfung der Causa Braunsche Lache und zur Prüfung des Vorganges zum Verkauf der Grundstücke 4 und 5 ein. Er stellt klar, dass es zum Schlossplatz keine Gerichtsentscheidung gab, sondern nur eine Zurückweisung des unzulässigen Antrages.

1. Antrag:

„Der Stadtrat beauftragt das Rechnungsprüfungsamt zu prüfen, ob das Verfahren zur Erlangung des Eigentums an den Flächen der Branschen Lache insgesamt rechtswidrig war, die Beteiligungspflichten des Stadtrates nach Regelungen der Kommunalverfassung, insbesondere §§ 45 und 52 KVG und der Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau, wie auch nach den sonstigen Bestimmungen über die Förmlichkeit und geübten Praxis des Verfahrens, beachtet wurden. Es soll auch der Frage nachgegangen werden, ob die kostenlose Überlassung des Baumaterials eine Vorteilsgabe darstellt und ob das Zuwendungsverfahren gegenüber dem einen Verein nur durch die Lastenübernahme durch die Stadt, durch ihr Eintreten in die Entsorgung, positiv abgeschlossen werden konnte.“

2. Antrag:

„Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beauftragt das Rechnungsprüfungsamt mit einer Sonderprüfung des Vorganges um den Verkauf der Grundstücke Schlossplatz 4 und 5 in 06844 Dessau-Roßlau (vorher Depot für Kunst und Kulturgegenstände). Soweit die personellen Voraussetzungen für diese Sonderprüfung nicht ausreichen, darf sich das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Amtshilfe auch an den Landesrechnungshof wenden. Auch eine Rechtsberatung durch eine Fachanwaltskanzlei oder zum Beispiel durch die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer können in Anspruch genommen werden.“

Diese Anträge werden mit der Bitte eingebracht, am 19.06.2024 hierüber im Stadtrat abzustimmen.

Herr Hartmann, Fraktion SPD, thematisiert die seit diesem Monat nicht besetzte Stelle des Pressesprechers der Stadt Dessau-Roßlau und betont die Wichtigkeit, da die Außenwirkung einer Stadt in der eigenen Kommune, im Land und im Bund mit dieser Stelle maßgeblich gesteuert und beeinflusst werden kann. Er möchte wissen, wann die Stelle wiederbesetzt werden kann und mit welcher Kompetenz diese ausgestattet sein wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass die Stelle der vakanten Sachgebietsleitung, die die Aufgaben des Pressesprechers wahrnimmt, durch die Referatsleiterin Frau Kuhnt und Herrn Schüler wahrgenommen werden, da auch für das Referat des Oberbürgermeisters eine fünfmonatige Wiederbesetzungssperre gilt. Das heißt, dass nach dem Ausscheiden eines Stelleninhabers nach Ablauf von fünf Monaten eine Wiederbesetzung möglich und beabsichtigt ist. Auf Nachfrage von Herrn Hartmann erklärt Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, dass die Stelle in der Vergangenheit mehrfach ausgeschrieben werden musste. Wünschenswert ist eine Neubesetzung ab Oktober, versprechen kann er dies jedoch nicht.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, hat eine Anfrage zur Ziebigker Straße. Die Fahrbahnmarkierungen sind mittlerweile stark verblichen. Er erfragt, ob geplant ist, die Markierung in der Mitte der Straße zu erneuern. Nach der StVO hätte das zur Folge, dass anführende Fahrzeuge hinter den parkenden Fahrzeugen warten müssten, wenn die Markierung wieder vorhanden ist. Ist die Markierung nicht vorhanden, kann zweispurig neben den parkenden Autos gefahren werden. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Radwegbeleuchtung von Kochstedt zum Klinikum noch ein Thema ist.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, benennt die Kosten für die Radwegbeleuchtung von etwa 160.000 Euro. Eine Einstellung des Themas ist nicht beabsichtigt. In der Ziebigker Straße wurden die parkenden Autos vom Gehweg auf die Straße verlegt, so dass die Straße dadurch eingengt ist. Bei einer Breite von 5,50 m passen zwei langsam fahrende Autos aneinander vorbei. Dies war das Ziel der Maßnahme. Dadurch entsteht eine Verlangsamung des Verkehrs. Es ist nicht vorgesehen den Mittelstreifen zu erneuern, weil er in der

Sache nicht zielführend wäre, da die Autofahrer andernfalls immer den Streifen überfahren müssten.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, stellt fest, dass die halbe Stunde der Anfragezeit verstrichen ist. Er stellt die Frage, ob ein Antrag auf Verlängerung erfolgt.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, stellt den **Antrag auf Verlängerung der Redezeit um 15 Minuten**.

Dem **Antrag** wird mehrheitlich **zugestimmt**.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, bezieht sich auf die Anfrage der Bürgerin in der Einwohnerfragestunde zur Villa Krötenhof. Der Oberbürgermeister äußerte sich dahingehend, dass es diesbezüglich keine Beschlusslagen gibt. Er fragt, ob Überlegungen vorhanden sind. Er würde es begrüßen, wenn den Bürgern vermittelt werden könnte, dass in den nächsten fünf Jahren keine Änderungen erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck verweist auf die Budgethoheit des Stadtrates. Derzeit gibt es keine Beschlusslage zu Veränderungen. Es wurde eine organisatorische Änderung dahingehend vorgenommen, dass die Villa Krötenhof unter dem Dach des Bürger-, Bildung- und Freizeitzentrums angesiedelt ist, ebenso wie die Stadtbibliothek und die Volkshochschule. Veränderungen ergeben sich für die dort handelnden Akteure nicht. Eine andere Erklärung kann nicht abgegeben werden, weil der Stadtrat keine andere Beschlusslage herbeigeführt hat. Überlegungen werden durch den Stadtrat im Rahmen der Haushaltskonsolidierung getroffen. Andere Erklärungen kann er für den Stadtrat nicht abgeben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, beantragt als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Sport, in der nächsten Ausschusssitzung die Zukunft der Villa Krötenhof in einer entsprechenden Diskussionsrunde zu erörtern und damit Klarheit über die Zukunft des Projektes zu schaffen. Des Weiteren richtet er das Wort an Frau Hachmann. Seit fast 6 Jahren wird an der Möglichkeit zur Schaffung einer Jugendvertretung gearbeitet. Vor 2-3 Jahren wurde ein umfangreiches Studienprojekt mit einem Büro aus den alten Bundesländern auf den Weg gebracht, das bis heute nicht ausgewertet ist. Seit fast einem Jahr gibt es eine hauptamtliche Jugendbeauftragte in der Stadt. Es liegt bis heute keine Information vor, wie es künftig mit dem Thema weitergeht. Er fragt, wann eine zeitgemäße, der Stadt entsprechende und arbeitsfähige Jugendvertretung eingerichtet wird.

Zum Thema der Schulentwicklung erachtet er es als unfair, im Hinblick auf die jahrelangen Praktiken der Landesregierung (Lehrermangel), nachzufragen, ob die CDU nun das Problem löst. Die Ursachen liegen ebenso bei der SPD und den Grünen. Ohne Beseitigung des Lehrermangels, wird das desaströse Problem der Schulentwicklung und des Bedarfes nicht gelöst. Es bedarf konkreter Taten, Schritte und Vorgehensweisen.

Abschließend richtet er das Wort an Herrn Stadtrat Kaßner und sichert seine Unterstützung zur Forderung hinsichtlich des Tierparkes zu. Dieser sollte vor circa zehn Jahren geschlossen werden. Seine Fraktion hat dem entgegengewirkt. Er wünscht sich im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eine vernünftige Diskussion und Schaffung einer Mehrheit zur Fortführung und Umsetzung des Projektes.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erklärt, dass über die Thematik „Jugendvertretung“ in diversen Gremien berichtet wurde. Frau Dr. Weiß hat in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales, in der die Fraktion Die Linke vertreten war, ausführlich berichtet und die diesbezüglichen Pläne vorgestellt. Aus der Fachexpertise wurde sehr gut erläutert, weshalb es Sinn macht, erst einmal die in der Stadt vorhandenen Strukturen zu nutzen, wie zum Beispiel den Stadtschülerrat. In der Sitzung war die Vorsitzende des Stadtschülerrates anwesend. Sie hat einen kurzen Vortrag gehalten und erläutert, wie sie Jugendbeteiligung versteht. Ihrer Ansicht nach macht es Sinn, die Jugend danach zu fragen, wie sie Jugendbeteiligung versteht und nicht von oben nach unten zu denken, was die Jugend braucht. Zusätzlich hat Frau Dr. Weiß in dieser Sitzung auch darüber berichtet, dass sie einen Antrag für solche Beteiligungsprojekte für Jugendliche beim Land gestellt hatte und die Stadt eine Fördersumme von 20.000 € bekommt. Die Summe ist viel für solche Beteiligungsformate. Frau Dr. Weiß hat konkrete Vorstellungen und arbeitet eng mit der Jugendvertretung der Stadt zusammen. Die Frage, ob es ein Jugendparlament gibt oder nicht, sollte der Jugend überlassen werden. Unterstützt von Frau Dr. Weiß wird in diversen Workshops und Gruppen das Thema beraten. Ein Zeitpunkt kann aktuell nicht genannt werden. Sie hat großes Vertrauen in die jungen Menschen, dass, wenn ein Parlament gebraucht wird, es auch gegründet wird. Wenn nicht, gibt es den Stadtschülerrat, der aktiv ist. Einige Fraktionen hatten bereits die Gelegenheit, mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen. Es geht darum, die Jugend zu beteiligen, was passiert. Frau Hachmann dankt Frau Dr. Weiß für ihre Arbeit und erachtet 20.000 Euro als einen guten Start. Sie plädiert dafür, mit der Jugend direkt zu sprechen, was Herr Stadtrat Bernstein mit der Friedensschule macht. Die Einstellung von Lehrern erfolgt auf einer anderen Ebene.

Herr Weber, Ortsbürgermeister Mosigkau, kritisiert, dass es ihm seit längerer Zeit nicht gelungen ist, eine Auskunft über die Angelpacht am Mosigkauer Mühlteich zu erhalten. Im Jahr 2022 wurde sich sehr intensiv darum bemüht, weil bekannt war, dass zu diesem Zeitpunkt die Angelpacht neu ausgeschrieben wurde. Die Nichtbeteiligung an Pachtangelegenheiten für Grundstücke ist im KVG eindeutig geregelt. Der Ortschaftsrat ist hierbei beteiligungspflichtig. Es gibt in der Ortschaft Gerüchte, dass ein Mitglied des Stadtrates den Mühlteich gepachtet haben soll. Herrn Weber ist nicht bekannt, dass darüber öffentlich verhandelt wurde. Ihn würde interessieren, wie derartige Pachtverträge mit Stadtratsmitgliedern zustande kommen und warum der Ortschaftsrat nicht beteiligt wird. Abschließend richtet er seinen Dank für die Instandsetzung des Deichdammweges an Frau Lohde.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, erklärt, dass er lediglich ein kleines Stück des Mühlteiches gepachtet hat, um Kindern die Möglichkeit zu geben, dort mal eine Rotfeder herauszuholen. Dass war lange bevor es die AfD gab. Er fragt sich, ob es sich hierbei um ein Verbrechen handelt. Sein Pachtvertrag wurde verlängert und dieser wird auch erfüllt. Es wird eine vollumfängliche Fangstatistik geführt. Es besteht auch die Bereitschaft, Fische wieder beizusetzen.

Auf die Aussage von Herrn Schönemann eingehend, dass er vor zehn Jahren den Tierpark gerettet hat, äußert Herr Mrosek, dass alle Fraktionen für die Vorlage gestimmt haben. Des Weiteren thematisiert er die Ortsumgehung Roßlau, welche sich bekanntlich im Hoheitsgebiet der Landesstraßenbaubehörde befindet. Im Jahr 2000 erging der entsprechende Beschluss, 2011 gab es die Variantenmitteilung des Bundes – ganze 11 Jahre später. Zwei weitere Jahre später, 2013, hat die Landesstraßenbaubehörde begonnen zu planen, 2024 ist die Entwurfsplanung für diese Ortsumgehung vorgestellt worden. Es wird damit gerechnet, dass in zwei weiteren Jahren die Genehmigungsplanung erfolgt. Es handelt sich um 3,7 Kilometer mit sechs anspruchsvollen Brückenbauwerken. Er fragt, wann das Vorhaben fertiggestellt werden soll. Über diese Entwicklungsstände in ganz Deutschland, aber auch in Dessau-Roßlau, sollte nachgedacht werden und auch, wer die Verantwortlichen sind. Die Ortsumgehung ist dringend nötig, auch um den Industriehafen wieder zu beleben. Derzeit sind zwei Nadelöhre vorhanden, die Ortsumgehung ist nicht fertig und die Zerbster Brücke muss erneuert werden. Seine Ausführungen dienen lediglich der Information.

Herr Geiger, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, bezieht sich noch einmal auf die Anfrage von Herrn Fricke zu den Stasitätigkeiten und bittet um Mitteilung, ob nach dem Ausscheiden von Stadträten die Nachrücker angefragt wurden.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, erklärt, dass auch für die nachgerückten Stadträte konsequent nachgefragt wurde.

Herr Geiger richtet das Wort an Herrn Horváth und bittet um Auskunft darüber, was die Stadt gegen die rechtsgerichtete Entwicklung, insbesondere in Roßlau, unternimmt. Als Beispiel hierfür benennt er gestohlene Kränze auf dem Friedhof und abgerissene sowie mit Hakenkreuzen versehene Wahlplakate.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, nimmt noch einmal Bezug auf das Thema Umgehungsstraße Roßlau. Wenn die Zeit bei einem derzeitigen Ziel mit dem Jahr 2035 voll ausgeschöpft wird, werden 8,5 Meter im Monat fertiggestellt. Er stellt die Frage, wann ihm die entsprechenden Zahlen vorgelegt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck entgegnet, dass die Unterlagen umgehend weiterleitet werden.

Herr Weber, Ortsbürgermeister Mosigkau, geht nochmals auf den Umgang mit Grundstücksangelegenheiten seitens der Stadt ein. Nachdem Herr Mrosek bestätigt hat, dass er einen Teil des Teiches gepachtet hat, ist die Frage offen, warum der Ortschaftsrat und der Stadtrat nicht beteiligt wurde. Im Kommunalverfassungsgesetz ist eindeutig geregelt, dass Verträge zwischen Mitgliedern der Vertretung und der Stadt öffentlich zu verhandeln sind.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, bestätigt, dass diese Verfahrensweise notwendig ist. Für Verträge, bei denen Herr Stadtrat Mrosek noch nicht Mitglied des Stadtrates war, trifft das jedoch nicht zu.

7 Beschlussfassungen

7.1 Besetzung des Stiftungsrates der Stiftung Bauhaus Vorlage: BV/081/2024/I-OB

Beschluss:

In den Stiftungsrat der Stiftung Bauhaus werden gemäß § 8 Abs. 1 des Errichtungsgesetzes der Stiftung Bauhaus Dessau vom 09.02.1994 für die Berufsperiode vom 18.02.2024 bis 17.02.2028 zwei Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau berufen.

Berufen werden:

1. der Oberbürgermeister der Stadt Dessau, Herr Dr. Robert Reck,
2. die Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, Frau Jacqueline Lohde,
3. als Abwesenheitsvertreter für beide Vertreter der Beigeordnete für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, Herr André Ulbrich.

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

7.2 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/101/2024/I-OB

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage 2 dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

In der Zeit von 17:15 Uhr bis 17:30 Uhr wird eine Pause eingelegt.

7.3 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Dessau-Roßlau zum 31.12.2014 und Entlastung des Oberbürgermeisters Vorlage: BV/074/2024/II-20

Beschluss:

1. Der geprüfte Jahresabschluss 2014 der Stadt Dessau-Roßlau wird mit folgenden Eckdaten gemäß § 120 KVG LSA beschlossen:
 - a. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Überschuss von 8.401.362,79 EUR ab. Dieser Überschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen und in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 8.399.808,68 EUR und in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.554,11 EUR zugeführt.
 - b. Die Finanzrechnung schließt mit einem Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 17.000.691,53 EUR, mit einem ausgeglichenen Ergebnis aus Investitionstätigkeit und einem Saldo aus Finanzierungstätigkeit von -13.520.408,63 EUR ab.
 - c. Der Bestand an Finanzmitteln erhöhte sich zum 31.12.2014 um 973.757,64 EUR.
 - d. Die Bilanzsumme beträgt 926.185.181,14 EUR zum 31.12.2014.
2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gemäß § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2014 (Jahresabschluss 2014) die Entlastung.

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

7.4 Grundstücksangelegenheit Ankauf des ehemaligen Sportstudios "Top Fit" (Grundstück und Gebäude) durch die Stadt Dessau-Roßlau für die Nutzung durch den SV Germania 08 Roßlau e.V. Vorlage: FV/004/2024/FrFr

Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, erläutert als Einreicher die Vorlage, legt die Geschichte des Sportvereins dar und geht auf das bisherige Verfahren in den vorberatenden Gremien ein, deren Hinweise berücksichtigt wurden. In der gestern stattgefundenen Sitzung des Ausschusses für Finanzen wurde der Beschluss folgendermaßen ergänzt:

„Für die tatsächliche Auszahlung dieser Haushaltsposition bleibt zunächst Voraussetzung die Erstellung eines Betreiberkonzeptes (durch Germania 08 mit Unterstützung der Stadtverwaltung) mit der Darstellung von Folgekosten und deren nachvollziehbare haushaltsrechtliche Umsetzbarkeit“. Diese Änderung wurde an die Stadträte zu Beginn der heutigen Sitzung ausgereicht.

Herr Hans-Peter Dreibrodt beantragt die Durchführung einer namentlichen Abstimmung.

In der sich anschließenden Diskussion sprechen sich folgende Stadträte für die Beschlussvorlage aus: Frau Müller, Fraktion CDU, Herr Mrosek, Fraktion AfD, Herr Günther Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, Herr Geiger, fraktionsloses Mitglied, Herr Fessel, Fraktion Die Linke, Herr Adamek, Fraktion CDU, mit dem Hinweis, dass durch die erfolgten Änderungen ein Prüfauftrag an den Haushalt entstanden ist.

Herr Hartmann, Fraktion SPD, lehnt die Zustimmung zur Vorlage ab. In der Stadt gibt es 147 Vereine. Wenn jeder Verein 300 T€ für den Erwerb eines Grundstückes beantragen würde, werde man mit dem Thema nicht fertig. Des Weiteren kann keine Forderung zur Bereitstellung von 300 T€ erfolgen und gleichzeitig ein Angebot unterbreitet werden, dass ein Gelände verkauft wird, welches der Stadt gehört. Das sind zwei verschiedene Dinge, die nicht in die Vorlage gehören und im Vorfeld abzuwägen sind. Die Erarbeitung eines Sportkonzeptes ist in Planung. Das Vorliegen dieses Konzeptes sollte abgewartet und nicht vorschnell eine solche Summe bereitgestellt werden.

Herr Fricke, Fraktion SPD, äußert ebenfalls Bedenken zur Vorlage. Zum einen ist nicht erkennbar, welche Voraussetzungen für den käuflichen Erwerb von der Stadtverwaltung geschaffen werden sollen, zum anderen hält er die konkrete Finanzierung für falsch. Er wird sich der Stimme enthalten.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Ende der Debatte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck verweist darauf, dass die Deckungsquelle und der Beschluss zum Ankauf zwei separate Sachverhalte sind, die nicht miteinander vermengt werden sollten. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, einen Ankaufbeschluss vorzubereiten und die Mittel in den Haushalt 2025 einzustellen. Der Antrag ist die Streichung der in der Vorlage genannten Finanzierung.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte zur Abstimmung. Der Antrag wird mit 3 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, stimmt als Einreicher dem Antrag des Oberbürgermeisters zu, die Finanzierung aus der Vorlage zu streichen.

Zur geänderten Vorlage (ohne Finanzierung) wird eine namentliche Abstimmung durchgeführt, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Voraussetzungen für den käuflichen Erwerb des ehemaligen Sportstudios „Top Fit“, Galgenbreite 14, 06862 Dessau-Roßlau (Grundstück und Gebäude) zu schaffen, um es der SV Germania 08 Roßlau e.V. für die Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Für die tatsächliche Auszahlung dieser HH-Position bleibt zunächst Voraussetzung die Erstellung eines Betreiberkonzeptes (durch Germania 08 mit Unterstützung der Stadtverwaltung) mit der Darstellung von Folgekosten und deren nachvollziehbare haushaltsrechtliche Umsetzbarkeit.

Abstimmungsergebnis: 30:01:02 (namentliche Abstimmung)

7.5 Sanierung der Einrichtung des Trägers Urbanistisches Bildungswerk e.V., Schochplan 74/75 Vorlage: FV/003/2024/Linke

Die Fraktionsvorlage wurde von der Tagesordnung genommen. Nach der Beratung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität soll die Vorlage in der Sitzung des Stadtrates am 21.06.2024 behandelt werden.

7.6 Durchführung von Kursen zur Ausbildung von Rettungsschwimmern Vorlage: FV/005/2024/Linke

Beschluss:

1. Die Ausbildung von Rettungsschwimmern (Bronze, Silber, Gold) und der Erwerb und Erhalt von Befähigungsnachweisen für Rettungsschwimmer und die Wasserrettung werden den Angeboten von gemeinnützigen Sportvereinen mit Mitgliedschaft im Stadtsportbund in Hinblick auf die Nutzung der kommunalen Schwimmbäder gleichgestellt. Damit ist die Sportförderrichtlinie der Stadt Dessau-Roßlau anwendbar.

2. Voraussetzung für Nr. 1 ist, dass die Ausbildungs- und Trainingsangebote nicht in Konkurrenz zu gleichartigen Angeboten von kommerziellen Anbietern stehen.

Abstimmungsergebnis: 33:00:00

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt Nichtöffentlichkeit her.

Herr Fricke, Fraktion SPD, verlässt die Sitzung. (32)

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf**, um 18:34 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 20.06.24

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Corinna Hösel
Schriftführer